

Antworten des Landesverbandes Brandenburg der Partei DIE LINKE auf die Wahlprüfsteine der Brandenburgischen Ingenieurkammer

1. Aufgrund der fehlenden Pflichtmitgliedschaft von Ingenieuren in der Ingenieurkammer Brandenburg liegt die Last nur auf einem Teil des Berufsstandes. Unterstützt die Politik die Novellierung des Bbg. Ingenieurgesetzes und die Einführung der Pflichtmitgliedschaft für Ingenieure im Bauwesen?

Die Mitgliedschaft in einer Kammer ist ein Qualitätsmerkmal und kann dem Schutz der Allgemeinheit und der Umwelt dienen. Gleichzeitig werden mit ihr die beruflichen Belange der Kammermitglieder und das Ansehen des Berufsstandes gewahrt und gefördert. Die hohen Standards der Zugangsvoraussetzungen fördern darüber hinaus das Vertrauen der Auftraggeber in eine Kammermitgliedschaft. Uns ist durchaus bekannt, dass es in anderen Bundesländern sowohl Regelungen zu einer Pflichtmitgliedschaft, z.B. für Beratende Ingenieurinnen und Ingenieure, als auch Regelungen für eine freiwillige Mitgliedschaft gibt. Obwohl einiges dafürspricht, auch im Brandenburgischen Ingenieurgesetz entsprechende gesetzliche Regelungen für eine Pflichtmitgliedschaft einzuführen, haben wir uns noch keine abschließende Meinung zu einer Einführung einer Pflichtmitgliedschaft gebildet. Wir werden diese aber weiterhin prüfen.

2. Gedenkt die Politik den Tag der Baukultur als festen Termin im Jahreskalender des Landes Brandenburg zu verankern und finanziell langfristig auszustatten?

Die Baukultur prägt unseren Alltag, unser Gemeinschaftsgefühl und stärkt unser Bewusstsein. Sie umfasst den gesamten Baubestand, einschließlich der Denkmäler und anderer Elemente des Kulturerbes, sowie die Planung und Gestaltung von zeitgenössischen Gebäuden, Infrastrukturen, vom öffentlichen Raum und von Landschaften. Um diese Werte zu fördern, werden wir den Tag der Baukultur weiterhin finanziell unterstützen, damit dieser jährlich wiederkehrend stattfinden kann.

3. Wie können Vergabeverfahren optimiert werden, um die Teilnahme zu erleichtern und damit die Vielzahl an Bietern zu steigern. Wie will die Politik sicherstellen, dass in Ausschreibungen der Leistungswettbewerb vor dem Preis als ausschlaggebendes Kriterium an Bedeutung gewinnt? 6. Wie kann zukünftig sichergestellt werden, dass die angebotenen Leistungen angemessen vergütet werden und damit bestimmte Qualitätsstandards eingehalten werden, wenn die HOAI in Ausschreibungen nicht angewendet wird?

Frage 3 und Frage 6 werden zusammen beantwortet.

Wir wollen keinen Wettbewerb um den niedrigsten Preis, sondern um Ingenieur- und Planungsleistungen, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren, ökologischen Kriterien gerecht werden und eine gute, sichere Bezahlung der Leistungen bieten. Wir stehen für einen Qualitätswettbewerb statt Preisdumping. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass vereinbarte Honorare angemessen sind und insbesondere die öffentlichen Auftraggeber unter anderem die Honorartafeln als Ausdruck einer angemessenen Honorierung in ihre Kalkulation beziehen. Das Mindestentgelt nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz wollen wir zeitnah auf 15 Euro je Zeitstunde erhöhen und die Tarifbindung als Kriterium für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen einführen. Darüber hinaus fordern wir bundesweite branchenspezifische Mindesthonorare, die einem ruinösen Preiswettbewerb entgegenwirken. Diese branchenspezifischen Mindesthonorare sind allen privaten und öffentlichen Auftraggebern verbindlich vorzuschreiben.

4. Wie setzt sich die Politik ein, Studiengänge im Bauwesen zu erhalten und auszubauen? Wie werden praxisbezogenen Studiengänge weiter implementiert? Wie werden kleine Ingenieurbüros

finanziell unterstützt, um die Abwanderung aus der Fläche zu vermeiden und Fachkräfte in ländlichen Regionen zu halten?

Gemeinsam mit den Hochschulen des Landes wollen wir die Studiengänge im Bauwesen stärken. Dazu zählen sowohl die bestmöglichen Studienbedingungen (Wohnraumversorgung, studentische Kultur, soziale Unterstützung etc.), als auch eine gute Verzahnung von Wissenschaft und Praxis. Wir wollen die wissenschaftliche Expertise der Hochschulen nutzen, um die gesellschaftlich relevanten Fragestellungen im Bauwesen zu bearbeiten. Hierzu zählen vor allem Aspekte der Nachhaltigkeit. Mit bspw. der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde gibt es bereits den perfekten Partner aus der Wissenschaft für das Bauwesen. Die Entwicklung des Kompetenzzentrums für nachhaltiges Bauen und Planen in den letzten 2 Jahren haben wir als Linke ausdrücklich unterstützt. Wir wollen die Arbeit verstärken, um die Zusammenarbeit mit Verwaltung, Kommunen und Bauträgern auszubauen. Eine gute Zusammenarbeit zwischen Studierenden und Ingenieurbüros über bspw. solche Initiativen schafft Bindung und vermeidet Abwanderung.

5. Wie werden Ingenieure in die Betriebsprüfungen, Heizungsoptimierungen und zu künftigen Festlegungen zur Klimaverträglichkeit des Bauens einbezogen? Fördert die Politik die gesetzliche Einführung eines Fachplaners Energetische Gebäudeplanung, verankert in der Brandenburgischen Bauordnung?

Die Beteiligung der Träger Öffentlicher Belange sowie von Interessensvertretungen erfolgt bei Gesetzgebungsverfahren im Rahmen der Ausschussbefassung. Als Linksfraktion nehmen wir die Anhörungsrechte sehr ernst und bemühen uns um möglichst breite Beteiligungsverfahren. Zur Einführung eines Fachplaners Energetische Gebäudeplanung haben wir uns noch keine abschließende Meinung gebildet, Debatten stehen wir aber sehr offen gegenüber.

7. In öffentlichen Ausschreibungen wird zunehmend beobachtet, dass die Trennung von Planung und Bau nicht eingehalten wird. Wie will die Politik dem entgegenwirken? Setzt sich die Politik für die klare Trennung von Planung und Ausführung ein?

Die vergaberechtlichen Regelungen erlauben zwar die freie Wahl zwischen der getrennten oder gemeinsamen Vergabe von Planungs- und Bauleistungen. Aus unserer Sicht ist eine Trennung von Planung und Ausführung die Grundlage für ein partnerschaftliches Miteinander von Architektinnen und Architekten sowie Ingenieurinnen und Ingenieuren auf der einen und den ausführenden Unternehmen auf der anderen Seite aber zielführender. Diese kleinteilige Struktur zeichnet sich durch ein hohes Maß an Flexibilität und Resilienz aus. Sie ermöglicht eine regionale Wertschöpfung auch beim Planen und Bauen und leistet so einen wichtigen Beitrag zu Förderung von regionalen Unternehmen, einer hohen Baukultur, die Tradition und Moderne miteinander verbindet und damit in unserem politischen Interesse liegt. Gerade eine von Unternehmerinteressen unabhängige und kompetente Planung kann die Belange des Bauherrn wahren und garantiert so den bestmöglichen Verbraucherschutz. Planungszeiten sind auch Entscheidungszeiten. Wenn Planung und Bau in einer Hand sind, werden den Bauherren Entscheidungsmöglichkeiten genommen.

8. Welche Fördermöglichkeiten strebt die Politik an, um die wichtige Wirtschaftssäule der kleinen und mittleren Ingenieurbüros im Land zu bewahren? Was wird unternommen, um dem gezielten Abwerben von Ingenieuren in den öffentlichen Dienst zu begegnen, damit sichergestellt werden kann, dass auf dem Markt noch genug Büros zur Erledigung der Aufgaben zur Verfügung stehen?

Der Fachkräftemangel ist auch im Ingenieursbereich Realität. Die Gründe für diesen Mangel sind vielschichtig. Dieser Vielschichtigkeit kann nur mit einem mehrdimensionalen Ansatz begegnet werden. In der Verantwortung stehen neben der Politik auch die Arbeitgeber. Einerseits ist das Angebot an inländischen Ingenieuren und insbesondere Ingenieurinnen durch bildungspolitische

Maßnahmen und überbetriebliche Initiativen zu steigern. Landesseitig sind bildungspolitische Maßnahmen zur Stärkung der MINT-Fächer unumgänglich. Der Ingenieurberuf muss gerade auch für Frauen attraktiver gestaltet werden. Das Berufsbild ist zu schärfen. Bedeutung und Inhalte dieser kreativen, verantwortungsvollen und befriedigenden Tätigkeit müssen besser vermittelt werden. Des Weiteren setzen wir uns dafür ein, dass das Land Brandenburg seinen eigenen Fachkräftebedarf selbst ausbildet und damit seiner Verantwortung nachkommt.